



Interviews

Datum: 29. Juni 2023

Terry Reintke, Grünen-Co-Fraktionsvorsitzende im Europaparlament im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Heute beginnt der zweitägige EU-Gipfel in Brüssel. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten treffen sich. Auf der Agenda viele Themen. Darunter der Umgang mit Russland, Hilfen für die Ukraine, eine Positionierung gegenüber China und über den Zankapfel Asylpolitik wird sicherlich auch gesprochen werden, auch, wenn so manch ein EU-Mitglied das Thema eigentlich gar nicht mehr anfassen will – etwa Deutschland. Denn Anfang Juni erst haben sich die EU-Innenminister auf einen Asylkompromiss geeinigt, der schärfere Regeln vorsieht. Und diese schärferen Regeln, sie stoßen auf heftigen Widerstand in Deutschland, bei Menschenrechtsorganisationen, aber auch innerhalb der Regierungsparteien SPD und vor allem innerhalb der Grünen. Terry Reintke, Co-Vorsitzende der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, im Europaparlament, guten Morgen.

Terry Reintke: Guten Morgen.

Grunwald: Frau Reintke, Kanzler Scholz hat in seiner Regierungserklärung vor wenigen Tagen mit Blick auf den heutigen EU-Gipfel noch einmal betont, wie richtig und historisch der Asylkompromiss ist. Sie haben den Asylkompromiss dagegen immer heftig kritisiert. Warum?

Reintke: Weil ich ihn weder für richtig noch für historisch halte. Ich halte ihn nicht für richtig, weil er massive Asylrechtseinschränkungen vorsieht, aber weil er auch in sich kein funktionierendes System etabliert. Und das wollen wir. Wir wollen, dass an den Außengrenzen Menschenrecht und Rechtsstaatlichkeit gewahrt sind, und dass es wirklich ein funktionierendes System gibt. Und weil er auch nicht historisch ist. Wir haben das ja gerade schon gehört. Die Mitgliedsstaaten haben sich jetzt geeinigt, aber wir werden jetzt noch weiterverhandeln. Deswegen ist dadurch der Eindruck entstanden, die Debatte sei jetzt vorbei und es sei sozusagen eine Lösung gefunden worden. Wir sind jetzt noch mitten in dem Gesetzgebungsprozess und das wird jetzt noch weitergehen.

Grunwald: Was befürchten Sie denn vor allem, wenn es zu den umstrittenen Asylverfahren an den EU-Außengrenzen kommt?

Reintke: Also, ich glaube, man muss sich das wirklich mal vorstellen, was das dann bedeuten würde. Das sind wirklich Lager mit haftähnlichen Zuständen. Also, da werden Menschen wochenlang, monatelang eingesperrt, um eben in den Asylverfahren dann entweder einen positiven oder negativen Bescheid zu bekommen. Das werden Zehntausende Menschen sein, eben unter anderem auch Kinder, die in Familien versuchen, Asyl zu beantragen. Ich glaube, dass das dramatische Umstände an den Außengrenzen erzeugen wird. Wir haben das in Moria gesehen. Das ist aus Menschenrechtsgesichtspunkten nicht sinnvoll. Ich glaube aber auch, dass es wieder zu einer Überlastung, gerade der Staaten an den Außengrenzen führen wird. Und dann sind wir in der gleichen Situation, in der wir jetzt gerade sind, dass dann wieder die Rechtslage nicht eingehalten wird. Dann wird es wieder eine Frage geben: Wird das von der Kommission durchgesetzt? Dementsprechend wäre es viel sinnvoller, mehr auf Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu setzen, um dann wirklich ein resilientes System für die Zukunft aufzubauen.

Grunwald: Bevor wir auf die Solidarität unter den Mitgliedsstaaten kommen, Frau Reintke, noch einmal. Die deutsche Bundesregierung wollte sich ja dafür einsetzen, dass besonders schutzbedürftige Menschen nicht in den Asylzentren an den Außengrenzen festgehalten werden dürfen, dass also Familien mit Kindern unter 14 davon ausgenommen sind. Doch das ist jetzt gestrichen im jetzigen Asylkompromiss, mit Zustimmung der Bundesregierung, zu der nun mal auch die Grünen gehören. Zwar sind die Grünen tief gespalten, was den Asylkompromiss angeht, haben ihn aber nicht verhindert. Die Grünen beanspruchen für sich, eine humane Migrationspolitik voranzutreiben. Wie glaubwürdig ist das noch?

Reintke: Na ja, wir haben ja gemeinsam auf dem kleinen Parteitag noch mal darüber gestritten, gesprochen, versucht, konstruktiv Lösungen zu finden. Und für uns ist jetzt eine gemeinsam absolute Priorität in den Trilog-Verfahren, Kinder aus diesen Grenzverfahren rauszunehmen und – und das ist eben die Position des Europäischen Parlaments – diese verpflichtenden Grenzverfahren ganz aus der Einigung rauszunehmen, weil wir eben glauben, dass es nicht nach Menschenrechtsgesichtspunkten sinnvoll ist, und dass es eben auch kein funktionierendes System herbeiführt.

Grunwald: Der Ball liegt ja jetzt im Europäischen Parlament. Also, an den Punkt wollen Sie unbedingt noch mal dran, die Ausnahme auf jeden Fall für Familien mit Kindern an den EU-Außengrenzen durchzubekommen?

Reintke: Also, ich habe schon viele Trilog-Verfahren mitverhandelt und da können sich Dinge noch bewegen. Deswegen geht es jetzt für uns gemeinsam darum. Und da gibt es auch keine unterschiedlichen Meinungen bei den Grünen, dass wir das als eine Priorität durchsetzen wollen. Aber es wird auch noch viele andere Punkte geben, die wir in diesen Verhandlungen durchsetzen. Es ist ja ein großes Paket, was da verhandelt wird. Das ist auf gar keinen Fall jetzt schon das Ende des Liedes. Deshalb ist es jetzt wichtig, gemeinsam sich für eine humane Asylpolitik einzusetzen.

Grunwald: Aber Frau Reintke, wie viel Spielraum haben Sie denn überhaupt dafür, da jetzt noch Änderungen durchzubekommen? Die größte Fraktion im Parlament, die EVP, die ist ja eher für den Kompromiss. Deswegen: Wo haben Sie überhaupt Spielraum für Änderungen?

Reintke: Na ja, und andere Fraktionen sind anderer Meinung. Also, ich meine, es geht am Ende in einer Verhandlung immer darum zu schauen, wie man Mehrheiten zusammenbekommt. Und bisher hat das Europäische Parlament sehr klar gesagt, dass zum Beispiel verpflichtende Grenzverfahren nicht akzeptabel sind. Dementsprechend werden wir sehen, wie jetzt in den nächsten Monaten unter der spanischen Ratspräsidentschaft die Verhandlungen laufen werden. Aber ja, wir müssen jetzt dafür kämpfen, dass sich da noch mal was verändert. Weil so, wie die Einigung jetzt gerade bei den Mitgliedsstaaten steht, glaube ich nicht, dass sie Menschenrechtssichtpunkten, aber eben auch Funktionalität standhält.

Grunwald: Und woran machen Sie das fest, dass Sie tatsächlich da noch mal Änderungen durchsetzen können?

Reintke: Na ja, ich denke, dass diese Frage der verpflichtenden Grenzverfahren, die Frage von „kommen Kinder mit in diese Verfahren“ zentral sein wird, aber eben auch die Frage, wie sichere Drittstaaten, also, wie einfach es ist, Menschen in sichere

Drittstaaten zurückzuführen. Das werden für uns absolute Knackpunkte sein. Und daran werden wir am Ende dann auch im Europäischen Parlament eine Zustimmung oder eine Ablehnung festmachen.

Grunwald: Genau, aber woran machen Sie fest, dass so was möglich ist? Denn die Zeichen stehen ja gerade eher auf Abschottung – auf mehr Abschottung.

Reintke: Na ja, also, wenn Sie jetzt sagen, das beziehen Sie aus der Positionierung der Innenministerinnen, dann kann ich Ihnen sagen, wir haben im Europäischen Parlament auch ein Mandat verabschiedet und das sieht anders aus. Und wir sind Co-Gesetzgeber in der Europäischen Union und wir werden uns am Ende mit dem Rat, also den Mitgliedsstaaten darüber streiten müssen. Und dann wird sich zeigen, ob es da eine Lösung geben kann. Ich werde jetzt nicht sagen, ich gehe jetzt schon in Schutt und Asche, bevor ich überhaupt in den Verhandlungen gewesen bin. Ich möchte jetzt dafür kämpfen, dass es da noch Verbesserungen gibt und dann werden wir am Ende gemeinsam bewerten müssen.

Grunwald: Kommen wir zu den Argumenten, die pro Asylkompromiss angeführt werden. Die Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, die sollen ja nur für diejenigen gelten, die ohnehin wenig Bleibeperspektive haben, also aus Ländern kommen, wo nicht einmal jeder fünfte Fall anerkannt wird. Wer keine Aussicht auf Asyl hat, wird also frühzeitig gestoppt und geprüft werden. Könnte nicht das auch das richtige Signal sein?

Reintke: Na ja, also das gilt für die, wer verpflichtend in diese Grenzverfahren muss. Also, die Leute müssen dann sozusagen an den Außengrenzen in diese beschleunigten Grenzverfahren. Es kann aber auch sein, dass da zum Beispiel Menschen aus Syrien oder anderen Ländern, wo die Quoten höher sind, dass auch die in diese beschleunigten Grenzverfahren kommen. Dementsprechend – ich glaube, dass es wichtig ist, dass Menschen individuelles Recht auf Asyl haben, also dass sie einen Asylantrag stellen können, dass das mit diesen beschleunigten Verfahren, mit Lagern an den Außengrenzen, nicht umzusetzen ist, und dass wir uns deshalb dafür einsetzen wollen, dass es ja Registrierungen, Grenzmanagement an den Außen-

grenzen, medizinische Checks, Sicherheitschecks gibt, aber dass dann die Asylverfahren selber in den Mitgliedsstaaten, mit einem Verteilmechanismus durchgeführt werden.

Grunwald: Kommen wir zu diesem Verteilmechanismus, denn Innenministerin Faeser, aber auch die grüne Außenministerin Baerbock betonten ja, dass der Kompromiss, abgesehen von den Asylverfahren an Außengrenzen, ja auch einen Solidaritätsmechanismus vorsieht, also, dass künftig alle EU-Staaten eine bestimmte Zahl an Schutzsuchenden aufnehmen müssen, und wenn sie das nicht tun, dafür eben bezahlen müssen. Das ist für Sie kein Fortschritt? Da wollen Sie mehr?

Reintke: Doch, das ist ein Fortschritt, dass es überhaupt erst mal anerkannt worden ist, dass es mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten braucht. Die Anzahl ist aber im Moment noch nicht in dem Umfang, in dem wir uns das vorgestellt haben. Wenn Sie sich anschauen, wo im Moment die höchste Anzahl an Asyl-Erstanträgen gestellt wurde, dann sehen wir eben, dass es eine sehr große Ungleichverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten gibt. Deswegen wollen wir, dass man da noch ambitionierter ist, dass es noch mehr Verteilung gibt, damit wir dann die Verantwortung, die am Ende ja auf alle EU-Mitgliedstaaten zukommt, auch gemeinsam stemmen können.

Grunwald: Dann nennen wir mal die Zahl. Es geht um 30.000 Menschen, die dann verteilt werden könnten, sollten. Und wenn Länder das eben nicht machen, die nicht aufnehmen, dann müssten sie Zahlungen leisten. Länder wie Polen und Ungarn, die laufen dagegen Sturm, die wollen nicht bezahlen. Die wollen das auch jetzt beim Gipfel ansprechen. Wie realistisch ist also eine Einigung auf einen besseren Verteilungsschlüssel?

Reintke: Na ja, die Einigung, die jetzt die Innenministerinnen getroffen haben, ist ja schon ohne die Zustimmung von Ungarn und Polen passiert. Also, wir brauchen da eine qualifizierte Mehrheit. Dafür sind Ungarn und Polen nicht nötig. In der Realität und in den vergangenen Jahren habe ich immer wieder erlebt, dass Ungarn und Polen mit einer absoluten Blockadehaltung in viele Debatten reingehen. Deswegen

würde ich das jetzt nicht zu einem Knackpunkt machen, ob die da am Ende zustimmen, weil ich sowieso sehr wenig Hoffnung habe, dass sie sich da umstimmen lassen.

Grunwald: Also, wird das noch ein langer Prozess sein und das mit dem Verteilungsschlüssel, das wird dann wohl sehr schwierig. Innenministerin Faeser sprach davon, dass die Alternative zu einem Asylkompromiss wäre, dass Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen eingeführt werden, ein Europa der Schlagbäume, wer wolle das schon zurück. Wie stehen Sie dazu?

Reintke: Absolut wollen wir kein Europa der Schlagbäume zurück und Schengen verteidigen. Aber das Problem ist, dass eben gerade viele Mitgliedsstaaten auch mit der Situation, die wir jetzt haben, wieder Grenzkontrollen eingeführt haben. Deswegen, das aneinander zu binden, halte ich nicht für eine sinnvolle Debatte. Es geht jetzt darum, dass wirklich, wenn Grenzkontrollen wiedereingeführt werden, das an sehr klare Kriterien gebunden werden muss. Das ist derzeit nicht der Fall. Deswegen wird es da jetzt auch noch mal eine Reform geben. Wir wollen, dass innerhalb der Europäischen Union weiter ohne Grenzkontrollen gereist werden kann.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.